

»Das Dach repariert man, wenn die Sonne scheint«

von ■ Joachim Bischoff und Axel Troost



Kinderbaustelle am Potsdamer Platz, Berlin, 1997 (Foto: dpa)

John F. Kennedy übernahm im Jahr 1961 die US-Präsidentschaft, als die Wirtschaft unübersehbar in Schwierigkeiten steckte. Der neue Präsident argumentierte: »Der Zustand unserer Wirtschaft ist beunruhigend. Wir übernehmen die Regierungsgeschäfte nach sieben Monaten der Rezession, nach dreieinhalb Jahren nachlassender Wirtschaftstätigkeit, nach sieben Jahren des verminderten wirtschaftlichen Wachstums und nach neun Jahren sinkender Einnahmen der Farmer. Die Konkursanmeldungen haben ihren höchsten Stand seit der großen Depression erreicht. Seit 1951 ist das Farmereinkommen um 25% herabgedrückt worden. Mit Ausnahme einer kurzen Zeitspanne im Jahr 1958 hat die Zahl der Arbeitslosen den höchsten Stand unserer Geschichte erreicht. Von etwa fünfeinhalb Millionen arbeitslosen Amerikanern bemühen sich über eine Million schon seit mehr als vier Monaten um Arbeit ... Unsere Erholung von der Rezession im Jahr 1958 war unvollständig.« Kennedy repräsentierte einen gesellschaftlichen Aufbruch: »Wir können

uns keine Stunden des Müßiggangs und keine leeren Fabriken leisten, während wir auf das Ende einer Rezession warten. Wir müssen der Welt zeigen, was eine freie Wirtschaft leisten kann – nämlich Arbeitslosigkeit reduzieren, die ungenutzte Kapazität aktivieren und ein größeres wirtschaftliches Wachstum im Rahmen einer gesunden Finanzpolitik und relativer Preisstabilität fördern.«¹

Bereits ein Jahr später waren Erfolge der großen Anstrengung in der US-Gesellschaft sichtbar. Gleichwohl warnte Kennedy vor einem Aussetzen der Erneuerungsbewegung: »Vergessen wir nicht, dass wir in den letzten sieben Jahren drei Rezessionen erlitten haben. Die Zeit, das Dach zu reparieren, ist, wenn die Sonne scheint ...«²

Zehn Jahre nach der Finanzkrise 2007 hat sich die Weltwirtschaft etwas erholt. Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, warnte auf dessen Herbsttreffen 2017 in Anknüpfung an J.F. Kennedy vor verfrühter Freude.

Ihre Botschaft lautete: Die Weltwirtschaft kommt wieder auf Touren – doch der Aufschwung ist kein Selbstläufer. Die Regierungen sollten u.a. dafür sorgen, dass mehr Menschen von den Wohlstandsgewinnen profitieren. Lagarde rief dazu auf, die günstigen Konjunkturaussichten zu Strukturreformen und zum Schuldenabbau zu nutzen.

Der EU-Präsident Jean-Claude Juncker griff bei der Präsentation seiner Reformvorstellungen zur Europäischen Union im Dezember 2017 auch auf das Bild des richtigen Zeitpunkts von Dach-Reparaturen zurück: Um das Ziel, eine »geintere, effizientere und demokratischere« Wirtschafts- und Währungsunion zu erreichen, gebe die noch gute Wirtschaftslage die Möglichkeit.³ Die Analogie ist treffend: Nach Jahren einer fragilen Erholung wachsen die Wirtschaften in der Euro-Zone und der EU wieder. Die Wirtschaftslage hat sich in den letzten Monaten deutlich erholt, gleichwohl hat die Währungsunion erhebliche Löcher im Dach und ein marodes Fundament. Die Erholung ist neben der Lockerung der Austeritätspolitik – dank flexiblerer Interpretation der Haushalts- und Verschuldungsregelungen sowie dem offensiven Einsatz von europäischer Investitionsbank und Junckerfonds – vor allem der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) zu verdanken.

Im Zuge der Krisenbewältigung sind wichtige Strukturreformen umgesetzt worden: Mit dem Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) wurde ein Rettungsschirm geschaffen, der Mitgliedstaaten in finanzieller Notlage gegen wirtschaftliche Auflagen bespringen kann, wenn die Finanzstabilität im Euroraum gefährdet ist. Außerdem wurde eine Bankenunion gegründet und der Weg zu einer Kapitalmarktunion angelegt. Die von der Krise am härtesten betroffenen Mitgliedstaaten mussten allerdings wachstumsbremsende Austeritätsmaßnahmen umsetzen, etwa am Arbeitsmarkt und bei der Neujustierung von Sozialleistungen, um ihre Länder vor dem Ausscheiden aus der Währungsunion zu bewahren.

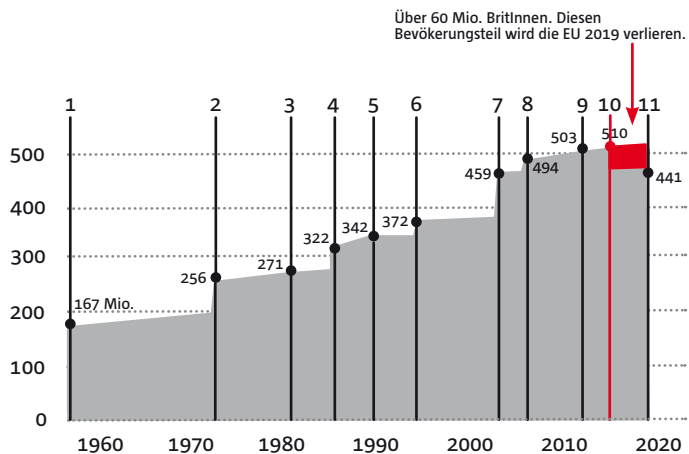
Im Juli 2012 erklärte EZB-Präsident Mario Draghi: Innerhalb ihres Mandats sei die EZB bereit, zu tun, was immer es brauche (»whatever it takes«), um den Euro zu erhalten. Seither hat sich die Bilanzsumme der EZB um ein Drittel erhöht und der Einlagenzinssatz ist negativ geworden. Die unkonventionelle Geldpolitik hat die Finanzmärkte beruhigt, sie hat aber die wirtschaftlichen und finanziellen Strukturprobleme nicht kuriert und zudem schädliche Nebenwirkungen. Wenn Finanzierungskosten zu niedrig sind, führt das zu Fehlinvestitionen und schafft den Nährboden für neue Wertberichtigungen und Krisen.

Angela Merkel sieht die Entwicklung der EU (vgl. Abbildung 1) optimistisch. Gemeinsam mit Emmanuel Macron bekannte sie sich zu den anstehenden Reformen sowie zur Vollendung der Bankenunion. Man werde die noch bestehenden Differenzen überwinden: »Der Wille ist da. Das ist das Entscheidende.« Man brauche eine größere wirtschaftliche Konvergenz der Euro-Staaten. Sie sei offen dafür, dass man in der Währungszone dafür mehr Geld zur Verfügung stelle, den Mittelzufluss aber an Konditionen knüpfe. Bis März soll klar sein, wie kurzfristige Schritte aussehen könnten. Im Juni 2018 sollten dann auch langfristige Reformen beredet werden.

Kein Zweifel, die Finanz- und Staatsschuldenkrise von 2008 hat die Schwachstellen der EWU schonungslos offengelegt:

Abb. 1: So wuchs die Europäische Union

Das Bevölkerungswachstum der Europäischen Union von der Gründung 1957 bis 2020 in Mio. Einwohnern



1: 1957, Gründung der EU: Belgien, BRD, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande

2: 1973; erste Erweiterung: Dänemark, Großbritannien, Irland

3: 1981, zweite Erweiterung: Griechenland

4: 1986, dritte Erweiterung: Portugal, Spanien

5: 1999, Wiedervereinigung Deutschlands

6: 1995, vierte Erweiterung: Finnland, Österreich, Schweden

7: 2004, fünfte Erweiterung: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern

8: 2007, sechste Erweiterung: Bulgarien, Rumänien

9: 2013, siebte Erweiterung: Kroatien

10: 2016, Brexit: Großbritannien stimmt für Austritt aus der EU

11: 2020, geschätzte Bevölkerungsentwicklung der Vereinten Nationen (UN)

Quelle: Eurostat, Bundeszentrale für politische Bildung, Vereinte Nationen (UN), info.Bild.de

Fehlentwicklungen in den Mitgliedstaaten, die sie wirtschaftlich verwundbar machten, und Konstruktionsmängel im institutionellen Aufbau. Der Euro, die vermeintliche Krönung der europäischen Integration, steht heute im Zentrum von Europas Krise. Die Mitverantwortung der EU an den sozio-ökonomischen Defiziten in den Nationalstaaten wurde durch die Einführung des Euro verstärkt. Die Einheitswährung erweiterte dank niedrigen Zinsen und hohen Krediten in vielen Ländern die Spielräume für Missbräuche, Blasenbildungen und Verschuldung. Sie verstärkte Fehlanreize für verantwortungsloses Handeln und erlaubte es nationalen Politikern und Bankern, die Verantwortung auf die europäische Ebene abzuschieben.

Der anstehende Austritt Großbritanniens ist auch für die verbleibenden Mitglieder der EU und die Eurozone eine schwerwiegende Herausforderung. Selbst die Regelungen der Austritts- und Nachfolgebedingungen stellen sich für die 27 verbleibenden Mitgliedsländer und das ausscheidende britische Königsreich als kaum lösbares Problem dar. Der Austritt stellt die bishe-

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von *Sozialismus*, Axel Troost ist stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE.

¹ Rede zur Lage der Nation vor dem US-Kongress (Washington, D.C., 30. Januar 1961)

² 2. Rede zur Lage der Nation vor dem US-Kongress (Washington, D.C., 11. Januar 1962).

³ Juncker fordert Euro-Finanzminister; www.mdr.de/nachrichten/politik/ausland/juncker-fordert-euro-finanzminister-100.html.

rigen Regelungen für den gemeinsamen Haushalt der Mitgliedstaaten infrage.

Das europäische Haus könnte wetterfest gemacht werden, damit es zukünftigen Stürmen trotzen kann. Das ist der Sinn der neuen Diskussion über die Zukunft Europas. Beim eigentlichen Ziel, den Euro »krisenfester« zu machen, sind sich die Regierungschefs und die führenden EU-Politiker weitgehend einig. Doch das Misstrauen, dass letztlich besser wirtschaftende Länder für die Fehler, Versäumnisse und Schulden anderer haften sollen (»Transferunion«), ist groß. Steht Europa vor einer Grundsatzentscheidung zwischen einer Stärkung des Prinzips der nationalen Eigenverantwortung, wie es im Maastricht-Vertrag angelegt ist, und einer stärkeren fiskalischen Integration?

Bei dem Euro-Gipfel Mitte Dezember 2017 haben sich die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten (alle außer Großbritannien) im Wesentlichen auf einen Zeitplan für das weitere Vorgehen verständigt. Die Gipfelteilnehmer hätten seinem Vorschlag zugestimmt, dass sich die Finanzminister in den nächsten sechs Monaten auf jene Gebiete konzentrieren sollten, auf denen die Konvergenz der Ansichten am größten sei, sagte der EU-Ratspräsident Donald Tusk. Konkret nannte er ein schrittweises Vorgehen bei der Vollendung der Bankenunion und die Umwandlung des Euro-Krisenfonds ESM in »den sogenannten Europäischen Währungsfonds«. Zu den nach wie vor strittigen Ideen gehören etwa die Einsetzung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers, eine »Fiskalkapazität« der Euro-Zone (für die es unterschiedlichste Vorstellungen bis hin zu einem Euro-Zonen-Haushalt gibt) oder ein Insolvenzmechanismus für Staaten. Laut den Plänen von Tusk (»Leader's Agenda«) soll bis zum Juni 2018 für die ersten Reformen ein Einstieg beschlossen werden.

Bis im März 2018 wollen sich auch Deutschland und Frankreich bilateral verständigen – dies vereinbarten Emmanuel Ma-

cron und Angela Merkel nach dem Gipfel. In der Vergangenheit hatte es in zentralen Fragen – etwa bezüglich der Struktur der Europäischen Zentralbank oder des Stabilitätspakts – selten einen gemeinsamen Ausgangspunkt der beiden Staaten gegeben. Macron, der vor kurzem für einen umfangreichen Euro-Zonen-Haushalt plädiert hat, betonte: »Wir brauchen ein starkes, stabiles Deutschland, um voranzugehen.«

Es geht also in den nächsten Monaten um fünf Themenblöcke:

■ Europäischer Währungsfonds

Es gibt unter den Mitgliedern der Eurozone breite Unterstützung dafür, den Euro-Krisenfonds ESM schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) auszubauen. Dieser könnte bei einer künftigen Finanzierungskrise eines Euro-Staats eine zentrale Rolle übernehmen. Er könnte einen Hilfskredit gewähren, ohne dass ergänzend der IWF Geld leihen müsste. Die Aushandlung und Überwachung der Reformauflagen könnte er in Ablösung des bisherigen Troika-Formats zusammen mit der EU-Kommission übernehmen. Auf wenig Begeisterung der Finanzminister gestoßen ist dagegen Junckers Idee, den bisher auf einem zwischenstaatlichen Vertrag der Euro-Staaten beruhenden ESM auf eine Basis im EU-Recht zu stellen und ihn so ins institutionelle Gefüge der EU zu integrieren. Bei der Transformation in einen EWF besteht indes folgendes Problem: Die Entscheidungsgewalt über die »Gemeinschaftskasse« soll nach Brüssel wandern, der EWF von Europaparlament und/oder Kommission kontrolliert werden. Bislang bestimmen die Mitgliedstaaten: Beantragen pleitebedrohte Euroländer Finanzhilfen, brauchen sie die Zustimmung aller Finanzminister und müssen deren Auflagen erfüllen. Zudem müssen in vielen Ländern auch die nationalen Parlamente zustimmen.

■ Bankenunion

Ebenfalls Unterstützung gibt es dafür, den ESM als finanzielles Sicherheitsnetz (»Backstop«) für den gemeinsamen Bankenabwicklungsfonds einzusetzen. Letzterer wird aus Bankenbeiträgen finanziert und kommt zum Einsatz, wenn bei der Abwicklung einer maroden Bank das »Bail-in« der Aktionäre und Gläubiger nicht ausreichen sollte. Überfordert ein großer Fall diesen Fonds, könnte ihm der ESM einen Überbrückungskredit gewähren. Hinzu kommt nach Junckers Vorstellungen, dass der Fonds auch Pleitebanken retten soll. So schlägt die Kommission vor, dass der Fonds notleidende Banken direkt mit Milliarden aus öffentlichen Kassen stützt. Deutschland wehrt sich seit Jahren gegen entsprechende Begehrligkeiten aus Südeuropa.

Gleichfalls kontrovers ist bis jetzt die Idee, in der Bankenunion die gemeinsame Bankenaufsicht und -abwicklung durch eine gemeinsame Einlagenversicherung zu ergänzen. Ein von Berlin angeführtes Lager pochte stets darauf, vor einer weiteren Vergemeinschaftung von Risiken im Bankensektor diese Risiken einzudämmen, z.B. durch den Abbau der »faulen« Kredite.

■ Fiskalkapazität

Stark umstritten ist, ob die Euro-Zone einen eigenen Haushalt haben soll. Während Macron ein aus Steuern finanziertes Euro-Zonen-Budget und Juncker eine Euro-Zonen-Budget-

ISW **analysen. fakten. argumente.**
institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

Walter Baier analysiert den Zustand der Europäischen Union; die EU-Verfassung sei nicht reformierbar, sondern muss durch eine neue demokratische Verfassung ersetzt werden. **Erhard Crome** diagnostiziert den Abstieg der USA als globale Supermacht. EU-Integration und Euro sind heute Grundlage dafür, dass Deutschland als geo-ökonomische Macht mit globalen Interessen agieren kann. **Conrad Schuhler** belegt, dass die USA und Europa gegenseitig der mit Abstand wichtigste Markt und dass sie in hohem Maß integriert sind.

isw-report 111
Dez. 2017 / 32 S. / 3,00 Euro zzgl. Versand

außerdem neu erschienen:
Agil und ausgepresst? Agile Unternehmensführung als Herausforderung für Gewerkschaften und Betriebsräte in der digitalen Arbeitswelt
isw-wirtschaftsinfo 52
Dez. 2017 / 16 S. / 1,50 Euro + Vers.

Bestellungen an: isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren Publikationen und weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite

www.isw-muenchen.de

Walter Baier, Erhard Crome, Conrad Schuhler.

DIE ZUKUNFT EUROPAS
Ohne demokratische Erneuerung hat es keine



Schutzgebühr: 3,00 Euro

ISW **REPORT NR. 111**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

linie im EU-Haushalt vorschweben, halten manche Nordeuropäer beides für überflüssig. Für Transfers an schwächere Staaten gäbe es bereits die Kohäsionspolitik, für Investitionen die Förderbank EIB und den Juncker-Plan, sagt auch ESM-Chef Klaus Regling. Stattdessen plädiert er für einen schon länger diskutierten Mittelweg: für einen Geldtopf von 100 bis 200 Mrd. Euro zur Abfederung unverschuldeter Schocks, die nur einzelne Euro-Staaten treffen. Der »Notfallfonds« (Höhe: 60 Mrd. Euro) könnte zur »Stabilisierung« bei Krisen in einzelnen Ländern eingesetzt werden. Problem: Wer diesen füllen soll, ist völlig unklar. Auf Deutschland dürften die größten Erwartungen ruhen.

Als Mitglied der Währungsunion könnte ein Mitgliedsland nicht auf geldpolitische Maßnahmen zurückgreifen. In diesem Fall wäre ein Euro-Zonen-Hilfsfonds sinnvoll. Er würde von den Euro-Staaten einmal gefüllt und könnte bei Bedarf rückzahlbare Darlehen gewähren (z.B. als »rainy-day fund« oder als ergänzende Arbeitslosenversicherung). So käme es weder zu einem jährlichen Budget noch zu permanenten Transfers oder zur Vergemeinschaftung von Schulden.

■ Überwachung der Finanzpolitik

Zu den Schwächen der Euro-Zone zählt die mangelnde Respektierung der Stabilitätspakt-Regeln für die nationalen Staatsdefizite und die Verschuldung. Hier zeichnet sich bis jetzt keine grundlegende, überzeugende Lösung ab. Diskutiert wird immerhin über eine Vereinfachung des über die Jahre immer komplizierter gewordenen Regelwerks. Dabei besteht ein Zielkonflikt zwischen einfachen Vorgaben und der Rücksichtnahme auf den individuellen Fall.

■ Euro-Finanzminister

Macron spricht sich für einen europäischen Finanzminister aus, Juncker für die Verschmelzung der bisher getrennten Posten des EU-Wirtschaftskommissars und des Chefs der Euro-Gruppe. Doch letzteres würde unterschiedliche Rollen vermischen, und für einen echten Finanzminister mit Durchgriffsrechten gegenüber nationalen Haushalten und eigenem Euro-Budget zeichnet sich unter den Staaten keine Bereitschaft ab. Noch am ehesten denkbar scheint eine Stärkung des Chefs der Euro-Gruppe, dem z.B. die Vertretung der Euro-Zone in internationalen Gremien übertragen werden könnte.

Grob vereinfacht sind in der Diskussion zwei Frontlinien auszumachen: Die eine verläuft zwischen Südeuropa, das mehr Transfer und Solidarität einfordert, und Nordeuropa, das die nationale Eigenverantwortung betont. Die andere liegt zwischen der EU-Kommission, die die eigene Rolle auszubauen sucht und Lösungen auf Basis des EU-Rechts anstrebt, und den Mitgliedstaaten, die mit dem etwa beim ESM verfolgten zwischenstaatlichen Ansatz ganz zufrieden sind. Müden dürfte die Debatte in kleinere Schritte, die viel weniger weit gehen als von Macron oder Juncker gefordert, und Rücksicht nehmen auf nordeuropäische Bedenken.

Fraglich ist, ob sich der von Tusk konzipierte Zeitplan erhalten lässt. Die EU hatte erwartet, dass sich nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland ein Zeitfenster für Reformen bis zum Brexit und zu den Europawahlen 2019 öffnen werde. Doch während Macron die Vision eines gestärkten Europas ver-

folgt, zieht sich die deutsche Regierungsbildung hin. Und ohne Deutschland, das Schwergewicht des nordeuropäischen Lagers, können nur schwer wichtige Weichen für die Euro-Zone gestellt werden.

Aber: Die europäische Sozialdemokratie ist vielfach eben keine wichtige Triebkraft für eine Reform der EU. Der Vorschlag des SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, bis 2025 die »Vereinigten Staaten von Europa« zu gründen und alle Staaten, die dies nicht wollen, aus der EU zu werfen, illustriert die Abgehobenheit der politischen Programmatik insgesamt. Bei der gleichsam krampfhaften Suche nach Visionen zur Rekonstruktion des Mythos von der linken Volkspartei übersehen die Sozialdemokraten die Anforderungen der Gegenwart. Gerade dort, wo die Sozialdemokratie einmal stark war, in der Gegenwartsanalyse, ist sie heute besonders schwach. Dies gilt im Übrigen auch für die linken Alternativen zur Sozialdemokratie, die sich mit der modernen Rechten teilweise einen Wettbewerb in Forderungen zur Auflösung der europäischen Staatengemeinschaft liefern.

Die erste Phase der Globalisierung hat, getrieben durch die Industrialisierung, schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts dazu geführt, dass immer mehr Lohnabhängige die Reichen immer reicher gemacht haben. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg zeigte sich im Deutschen Reich – wie in anderen kapitalistischen Metropolen – eine tiefe, unüberbrückbare soziale Kluft. Die Jahrzehnte der Industrialisierung hatten Arbeitern zwar höhere Löhne beschert, Gutverdiener aber reich gemacht. 1913 entfielen auf die obersten 10% der Haushalte rund 40% aller Einkommen (Alvaredo u.a. 2017).

Der Skandal: Weil sich Deutschland nach Dekaden der Annäherung zuletzt wieder deutlich sozial gespalten hat, vereinnahmten die Bestverdiener inzwischen erneut einen genauso hohen Anteil vom gesellschaftlichen Reichtum wie 1913. Anders gesagt: Deutschland ist heute so ungleich wie vor 100 Jahren. Doch statt als Linke diese programmatische Gelegenheit zu nutzen, verlegte sich die SPD zunehmend darauf, enttäuschte AnhängerInnen, oder solche, die Fragen nach der Gerechtigkeit stellen, als »Rechte« zu bezeichnen.

Merkel und Macron glauben, die bestehenden Differenzen in der EU überwinden zu können. Auch die politische Linke ist durch die absehbare Agenda in Europa herausgefordert. Die mittel- und längerfristige Vision und Perspektive ist die Überwindung des gegenwärtigen Hybridcharakters der Euro-Zone durch die Entwicklung einer europäischen Volkswirtschaft (europäischer Gesamtproduktionsprozess) mit grenzüberschreitenden Wirtschaftsregionen für reproduktiven Wert- und Stoffersatz und die Vollendung der europäischen Föderation durch eine durch Wertschöpfungsprozesse und Transfers abgesicherte Sozialunion, die gleichwertige Lebensverhältnisse in den beteiligten Staaten und ihre Regionen anzielt und gewährleistet. Im Zusammenhang mit einer derartigen Fortentwicklung einer ökonomisch konsolidierten Euro-Zone zu einer europäischen Volkswirtschaft sind auch die Beitrittsmöglichkeiten für weitere EU-Länder wieder zu eröffnen.

Die Krisenphänomene sind nicht in erster Linie der Brüsseler EU-Bürokratie in die Schuhe zu schieben. Sie erfolgen primär aus dem Druck von Globalisierung und technischem Wandel sowie dem Versagen nationaler Politik in den Mitgliedstaaten

– auch in Großbritannien. Die Finanz- und Bankenkrise hatte ihren Ursprung in mangelnder Regulierung und Aufsicht der nationalen Finanzplätze und in dem verantwortungslosen Gebaren vieler Banken. Überbordende Staatsschulden hätten von den nationalen Regierungen im Zaum gehalten werden müssen, wie das sogar von den – schamlos missachteten – europäischen Regeln gefordert wird. Korruption und Reformunfähigkeit sind Erscheinungsformen nationaler und kommunaler Politik in den Mitgliedsländern. Es ist aber keine Erneuerung des europäischen Hauses, wenn Strukturanpassungen der nationalen Ökonomien in der Euro-Zone durch eine in ökonomische Depression führende Lohnsenkungs- und Austeritätspolitik erzwungen werden sollen. Europa braucht einen sozial-ökologischen Umbau und ein wirtschaftlich nachhaltiges Wachstum. Die Führungsrolle Deutschlands, die bislang in der massiven Durchsetzung von Austeritätsregimen besteht, muss überwunden werden, indem sich die ökonomische Hegemonialmacht von ihrer auf Leistungsbilanzüberschüsse (und damit auf Auslandsverschuldung und Export von Arbeitslosigkeit) ausgerichteten Wirtschaftspolitik verabschiedet und eine tendenziell ausgeglichene Leistungsbilanz anstrebt.

Die neoliberale Austeritäts- und Geldpolitik hatte massive Schattenseiten. Die grundlegenden Probleme, die geholfen haben, dass die Kreditrisiken zunehmen, sind nicht entschieden angegangen worden. Das Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten blieb daher sehr enttäuschend. Außerdem hat sich die soziale Ungleichheit erhöht. Im Endergebnis dieser Entwicklungen kommt es dazu, dass – bezogen auf die kapitalistischen Hauptländer – das reichste Zehntel der Einkommensbezieher ein Viertel bis ein Drittel des Gesamteinkommens erzielt und das obere Zehntel der Vermögensbesitzer zwischen 50 und 70% des Gesamtvermögens besitzt. Dieser bedrohlich gewordene Strukturwandel des Kapitalismus führt zu massiven Akkumulations- und Wachstumsabschwächungen und dazu, dass die Eigentümer dauerhaft mehr Macht über diejenigen entwickeln, die vom Verkauf der Arbeitskraft leben. Dies zusammengekommen heißt auch, dass eine große Zahl von BürgerInnen nicht mehr daran glaubt, dass der Kapitalismus oder »das System« ihnen etwas bringt.

Die Infragestellung der Europäischen Union, bedingt teils durch eine intransparente und unsoziale Politik der europäischen wirtschaftlichen und politischen Eliten, teils als Projektionsfläche des erstarkten Rechtspopulismus, bedeutet, dass die politische Linke die Europa-Frage auch künftig als prioritäres Problemfeld behandeln muss.

Mit einer engagierten, realistischen proeuropäischen Orientierung könnte sich die Linke in die politische Debatte um die Perspektive Europas einbringen und bestehende Vorschläge, wie sie u.a. auch vom französischen Präsidenten vorgelegt werden, dort stützen, wo sie eine Perspektive für eine Reformalternative beinhalten.

Literatur

- Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Gabriel Zucman, Gabriel (2017): Bericht zur weltweiten Ungleichheit 2018; www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&uact=8&ved=0ahUKewjIpr27jPYAhXE66QKH8OmDtaQFggnMAA&url=http%3A%2F%2Fwww.wid.world%2Ffiles%2Fdownload%2Fwir2018-summary-german.pdf&usg=AOvVaw3oG4_82tDnKJGs8_cIb6hz (deutsche Kurzfassung).
- Peter Bofinger u.a. (2017): Eine Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa, Arbeitspapier der Gruppe »Restart EUROPE now!«, Berlin.
- Bsirske, Frank/Busch, Klaus/Höbel, Olivier/Knerler, Rainer/Scholz, Dieter (Hrsg.) (2016): Gewerkschaften in der Eurokrise – Nationaler Anpassungsdruck und europäische Strategien, Hamburg.
- Busch, Klaus (2011): Das Korridormodell – relaunched, FES, Internationale Politikanalyse, Berlin.
- Busch, Klaus (2016): Das Versagen Europas – die Euro- und die Flüchtlingskrise sowie die »brexit«-Diskussion, Hamburg.
- Busch, Klaus/Troost, Axel/Schwan, Gesine/Bsirske, Frank/Bischoff, Joachim/Schrooten, Mechthild/Wolf, Harald (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union, Hamburg.
- ETUC (2016): Working for a Better Deal for All Workers (draft position), Brüssels.
- Eurexit (2016): Aufruf: Initiative Eurexit – Eine Alternative zum Euro, Berlin.
- Europäische Kommission (2012): Ein Konzept für eine Vertiefte und Echte Wirtschafts- und Währungsunion – Auftakt für eine Europäische Diskussion, COM (2012) 777 final/2, Brüssel.
- Europäische Kommission (2017a): Reflexionspapier zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, Brüssel.
- Europäische Kommission (2017b): Reflexionspapier zur sozialen Dimension Europas, Brüssel.
- Europäische Kommission (2017c): Vorschlag für eine interinstitutionelle Proklamation zur europäischen Säule sozialer Rechte, Brüssel.
- Höpner, Martin/Scharpf, Fritz/Streeck, Wolfgang (2016): Europa braucht die Nation, in: »Die Zeit«, Ausgabe 39.
- Juncker, Jean-Claude u.a. (2015): Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden, Brüssel.
- Keynes, John Maynard (1941/1980): Activities 1940-1944: Shaping the Post-War World: The Clearing Union, in: The collected writings of John Maynard Keynes, Vol. XXV, Cambridge 1980.
- Lexit (2016): Manifest: Weg mit dem Euro-Regime, Wien.
- Macron, Emmanuel: »Deutschland muss sich bewegen«, www.faz.net/aktuell/politik/ausland/emmanuel-macron-appelliert-an-deutschland-15103946.html.
- Schwan, Gesine (2016): Ein Weg aus der aktuellen europäischen Misere in der Flüchtlingspolitik – als Chance für einen europäischen Neuanfang, Mai; restart-europe-now.eu/2016/05/05/ein-weg-heraus-aus-der-aktuellen-europaeischen-misere-in-der-fluechtlingspolitik/.
- Stiglitz, Joseph E. (2016): The Euro and Its Threat to the Future of Europe, Allan Lane, UK.
- Troost, Axel/Paus, Lisa (2011): Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0, Institut Solidarische Moderne, Denkanstöße, Nr. 13, März.
- Troost, Axel (2018): Linke Alternativen für ein solidarisches Europa, in: Transform Jahrbuch.
- Varoufakis, Yanis (2016): Wenn wir nicht nachgeben. Die europäische Linke nach dem Brexit: Die Perspektive der DiEM25-Bewegung, in: neues deutschland vom 5.9.
- Weidmann, Jens (2017): Euro-Schocks besser abfedern, in: FAZ vom 15.12.
- Wissel, Jens (2015): Staatsprojekt Europa, Grundzüge einer materialistischen Theorie der Europäischen Union, Münster.